

# Wir Österreicher sind immer noch ganz große Vorsorgemuffel

Interview mit Prof. Dr. Bernd Marin,  
Europäisches Bureau für Politikberatung und Sozialforschung, Wien

**Sie fordern als international anerkannter Experte seit vielen Jahren nachhaltige Reformen zur Sicherung der gesetzlichen Pensionen ein – mit überschaubarem Echo und Verständnis seitens der jeweiligen österreichischen Regierungen. Wird mit der neuen Regierung alles anders?**

Vermutlich leider nein: nirgends scheint die neue Regierung enttäuschender als bei der Reformfreudigkeit zu den Pensionen. Das hat schon im Wahlkampf mit einer totalen Wende rückwärts begonnen, indem die neue „türkise“ Kurz-VP entgegen bisherigen „schwarzen“ Festlegungen (und denen mehrerer „türkiser“ Spitzenkandidaten von Moser bis Niss) agiert hat. So wurden rot-blaue „Herzensangelegenheiten“ der national-„sozialen Heimatpartei“ FPÖ und der SPÖ wie die Abschaffung des Pflegeregresses innerhalb weniger Tage im Parlament durchgewunken und sogar ausdrücklich als „christlich-soziales“ Erbe reklamiert.

Auch die durch den EUGH gebotene Angleichung des Frauempensionsalters an das der Männer bleibt bis 2033 aufgeschoben und für die umverteilende Pensionsanpassung 2018 sowie gegen Nachhaltigkeitsfaktor und Automatismus schwenkte die Kurz-VP völlig auf die SPÖ-Linie um. So wie

„Künftige Pensionisten werden vom Staat deutlich weniger erhalten als frühere Generationen, ohne dass sich schon eine Stärkung ergänzender privater Vorsorge abzeichnet – die Pensions- (und Pflege-)Lücke wird daher schmerzlich ansteigen.“

man sich migrations- und europapolitisch eher an den rechten, so orientierte man sich sozialpolitisch eher an den linkspopulistischen Rändern des europäischen Parteienspektrums. Die FPÖ-Forderung nach Mindestpensionen von 1.200 Euro hätte 8,6 Milliarden Euro zusätzlich gekostet, die Kurz-VP-Positionen zu Pensionen seit dem Wahlkampf liegen nicht bei den Schwestern CDU/CSU, sondern links von SPD bei der SPÖ oder Die Linke von Lafontaine und Wagenknecht, wie ich erst kürzlich ausführlich analysiert habe (siehe trend 13.7., 1.9., 29.9.).

Als gnadenlos erfolgreiche Stimmenmaximierer haben die neuen Regierungsparteien entdeckt, was bei der Alterssicherung in Österreich populär ist und bisher von der SPÖ vertreten worden war – erstmals ist die Kurz-VP daher auch zur stärksten PensionistInnenpartei geworden. Ob sich die Wirtschaftsflügel beider Regierungspartner dauerhaft in populistische Pensionslizitationen fesseln lassen oder das als Preis für Popularität in der Wählerschaft, entsprechende Regierungs-

beteiligung und als Ausgleich für unternehmensfreundliche Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik etwa bei Arbeitszeiten oder Besteuerung hinnehmen werden, wird sich zeigen.

**Warum schneidet Österreich bei internationalen Rankings nachhaltiger Pensionssysteme so schlecht ab?**

Österreich schneidet bei allen Nachhaltigkeitsmaßen und -analysen (zuletzt bei OECD Pensions at a Glance 2017) schlecht ab, weil das Pensionssystem neben unbestreitbaren Vorzügen eben noch kaum nachhaltig ist. Es war bisher durchaus großzügig, aber großzügiger als wir uns leisten können. Dass hier bloßer „politischer Wille“ es genau so zu tun reicht, ist ein – freilich weit verbreiteter – voluntaristischer Mythos. Tatsächlich ist diese Großzügigkeit nur zu hohen Kosten und vor allem zu Lasten nachwachsender Generationen zu haben. Allerdings sind mit dem APG seit 1.1.2014 wichtige Reformen auf den Weg gebracht worden, die mittel- bis länger-fristig die Nachhaltigkeit des Systems schrittweise erhöhen – allerdings auf Kosten der Leistungen. Die Finanzierbarkeit wird für den Staat allmählich leistbarer, während die Pensionsleistungen für die BürgerInnen – ohne entscheidende Änderungen des Erwerbs- und Frühpensionsverhaltens – sehr viel bescheidener sein werden.

**Was ist Ihr Rezept für eine langfristige Finanzierbarkeit des österreichischen Pensionssystems, wo müssen die Hebel angesetzt werden?**

Der größte unmittelbare Handlungsbedarf ist bei der Beschäftigung älterer (und jüngerer) ArbeitnehmerInnen; bei verringerter Berufsunfähigkeit und Invaliditätspensionen im Erwerbsalter; dem möglichst flächendeckenden Ausbau betrieblicher Altersvorsorge; der ra-

scheren Angleichung des Pensionsalters von Frauen und Männern; der früheren Harmonisierung der Pensionsysteme von Beamten und anderen Versicherten; dem sofortigen Stop von weitgehend beitragsfreien und unbesteuerten Luxusrenten ("Sonderpensionen") aus öffentlichen Kassen; dem Ende massenhafter Frühpensionierungen im öffentlichen Dienst durch systematische Vakanzen bei Nachbesetzungen; und der Einbeziehung weiterer Lebenserwartungszuwächse beim gesetzlichen Eintrittsalter – am besten in Richtung dänisches, schwedisches oder allgemeiner skandinavisches Vorbild. Jeder Monat, jedes Jahr weiterer Versäumnisse gegenüber unhaltbaren Frühverrentungen wiegt hier milliarden schwer zu Lasten anderer Investitionen, auch in Soziales, Gesundheit, Pflege, Bildung, familien-gerechte Arbeitswelt, usw.

**Wo sehen Sie – abseits der gesetzlichen Pension – die brauchbarsten Alternativen zur Sicherung des Lebensstandards im Alter?**

Ganz allgemein brauchen wir eine Versicherungspartnerschaft, d.h. die Ergänzung der staatlichen Pension, die immer mehr von der Lebensstandardsicherung zu einer Grundsicherung werden wird, durch individuelle Eigenvorsorge. Dazu zählt natürlich Erwerbsarbeit auch im Dritten Lebensalter, betriebliche Altersvorsorge oder Firmenpensionen, die Abfertigung neu durch Mitarbeiter-Vorsorgekassen, sowie private Vorsorge durch Lebensversicherungen, Sparen und persönliche Vermögensbildung, die derzeit nicht einmal 2 bis 5% der staatlichen Lebenspensionssumme ausmachen.

Wir Österreicher sind im internationalen Vergleich immer noch ganz große Vorsorgemuffel: bei den Lebensversicherungen geben wir nur etwa ein Drittel der Prämien der Schweden, Dänen und Engländer und ein Viertel der benachbarten Schweizer aus. Die Dritte Säule privater Vorsorge macht bei uns nur 6,8 Prozent aus, die betriebliche Altersvorsorge gar nur 4,1 Prozent, während in der EU die Mehrheit der BürgerInnen, in Holland und Schweden über 90 Prozent der Bevölkerung Anspruch



auf Firmenpensionen hat. Künftige Pensionisten werden vom Staat deutlich weniger erhalten als frühere Generationen, ohne dass sich schon eine Stärkung ergänzender privater Vorsorge abzeichnet – die Pensions- (und Pflege-)Lücke wird daher schmerzlich ansteigen.

**Sie werden beim AssCompact Vorsorgesymposium als Keynote Speaker unter dem Titel „Lücken staatlicher Vorsorge für Alter und Pflege“ über die Potenziale und Grenzen staatlicher Sicherung sprechen. Was möchten Sie den Teilnehmern als wichtige Erkenntnisse mitgeben? Was dürfen unsere Gäste von Ihrem Vortrag erwarten?**

Die teilnehmenden Gäste können erstens einen allgemeinen Überblick zur Entwicklung der letzten Jahrzehnte und eine Vorausschau auf die möglichen und wahrscheinlichsten Trends der nächsten Jahre erwarten. Das schließt auch eine Analyse der Auswirkungen der Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt und auf unsere Sozialsysteme mit ein. Zweitens werden neben den Potenzialen auch die Grenzen staatlicher Sicherung für Alter und Pflege analysiert. Und drittens wird privater Vorsorgebedarf nicht bloß allgemein festgestellt, sondern zusätzlich auch für bestimmte Bevölkerungsgruppen präzisiert: wer kann wann künftig noch welche öffentlichen Leistungen erwarten? Und wer kann welche ergänzende private Vorsorge zur Deckung von Pensions- und Pflege-lücken in welchen Lebenskonstellationen gut brauchen? ■

Prof. Dr. Benrd Marin referiert beim AssCompact Vorsorgesymposium über seine Einschätzung zur Vorsorgeproblematik.

Sichern Sie sich jetzt Ihr Ticket für die AssCompact Symposium am 21. und 22. März 2018 in der Pyramide Wien/Vösendorf unter [www.asscompact.at/symposienanmeldung](http://www.asscompact.at/symposienanmeldung)